

## Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Sitzungstermin:** Dienstag, 27.05.2025  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 17:45 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Renken, Bernd

#### **SPD-Fraktion**

Hemken, Harald  
Stomberg, Holger  
Strelow, Gregor  
Winter, Maria

#### **CDU-Fraktion**

Hegewald, Reinhard  
Verlee, Gerold

#### **Gruppe GRÜNE feat. Urmel**

Borchers, Sebastian

(ab 17:12Uhr)

#### **FDP-Fraktion**

Eilers, Hillgriet

für Erich Bolinius

#### **GfE-Fraktion**

Müller, Horst

für Bernd Janssen

#### **Fraktion DIE LINKE.**

Luitjens, Stefan

#### **Verwaltungsvorstand**

Jahnke, Horst

#### **von der Verwaltung**

Jakobs-Valentin, Stefan

#### **Protokollführung**

Klaaßen, Celina

## Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.05.2025

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Renken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen (Nr. 26) und des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation (Nr. 27) am 01.10.2024 - öffentlicher Teil

**Beschluss:** Das Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen (Nr. 26) und des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation (Nr. 27) am 01.10.2024 - öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 28 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 27.11.2024

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 27.11.2024 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 5 Genehmigung des Protokolls Nr. 29 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 30.01.2025

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 30.01.2025 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

## Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.05.2025

### BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 7            Verzicht auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses 2021 und 2022  
Vorlage: 18/1598

**Herr Jakobs** stellt die Vorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist [hier](#) einsehbar.

**Herr Jahnke** ergänzt, dass das Thema in dem Arbeitskreis der Niedersächsischen Stadtkämmerer sowie mit dem Niedersächsischen Städtetag und Frau Dr. Hendricks intensiv diskutiert worden sei. Die Diskussion endete mit einer fast einstimmigen Ablehnung, abgesehen von einem Vertreter aus Nordhorn, der den Wert des Vorhabens jedoch auch nicht wirklich erklären konnte. Die anderen Kollegen, auch aus großen Städten, sahen ebenfalls keinen Nutzen darin und betrachteten das Ganze als bürokratischen Aufwand, da es keine Steuerungsfunktion habe und zusätzlichen Arbeitsaufwand verursache. Auch der Niedersächsische Städtetag werde sich weiter für Erleichterungen einsetzen. Herr Jahnke betont, dass er keinen Mehrwert in dem Vorschlag sehe und hoffe, dass dieser bürokratische Aufwand, der in anderen Bundesländern bereits abgeschafft worden sei, ebenfalls bald in Niedersachsen verschwinden werde. Er dankt Herrn Tholen für seine detaillierte Ausarbeitung, die den Ausschuss zur heutigen Vorlage geführt habe.

**Herr Renken** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Eilers** weist darauf hin, dass das Thema bereits vor sechs Jahren im Ausschuss behandelt worden sei, damals mit denselben Argumenten. Sie fragt sich, warum die Diskussion über die Jahre 2021 und 2022 erst jetzt geführt werde, obwohl ein Abschluss eigentlich zum 31.12. des Folgejahres vorliegen müsste. Die verspätete Diskussion sei ihr unverständlich, und sie stellt die Frage, warum dieses Thema jetzt wieder aufgebracht werde. Zudem argumentiert sie, dass eine frühere Klärung mehr Haushaltsklarheit gebracht hätte, wenn man den Prozess schneller vorangetrieben hätte, wie es in Nordhorn geschehen sei.

**Herr Jakobs** widerspricht dem Argument der Haushaltsklarheit, da er der Ansicht sei, dass ein kommunaler Gesamtabschluss keine nützlichen Steuerungsinstrumente biete und nur zusätzlichen bürokratischen Aufwand verursache. Eine Steuerung der Beteiligungen erfolge durch die Geschäftsführung unterjährig und würde durch die Aufsichtsgremien begleitet. Zudem sei die Erstellung eines Gesamtabschlusses nur dann möglich, wenn auch alle Teilabschlüsse rechtzeitig vorliegen würden, was nicht der Fall sei, da viele Teilbereiche erst jetzt ihre Abschlüsse erstellt hätten.

### Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Emden verzichtet gemäß § 128 Abs. 4 S. 3, 4 NKomVG auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses für das Jahr 2021, da die Abschlüsse der Aufgabenträger für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune in ihrer Gesamtheit von untergeordneter Bedeutung sind.
2. Der Rat der Stadt Emden verzichtet gemäß § 128 Abs. 4 S. 3, 4 NKomVG auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabschlusses für das Jahr 2022, da die Abschlüsse der Aufgabenträger für ein den tatsächlichen Verhältnissen

## Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.05.2025

entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune in ihrer Gesamtheit von untergeordneter Bedeutung sind.

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Sachstand Umsetzung Grundsteuerrechtsreform  
Vorlage: 18/1628

**Herr Jakobs** erläutert die Vorlage ausführlich.

**Herr Jahnke** regt ebenfalls an, zunächst abzuwarten. Es sei das Ziel, Aufkommensneutralität zu erreichen, was auch mit der Haushaltsstrukturkommission so vereinbart worden sei. Es dürfe keine Erhöhung geben, da einige Personen von der Änderung profitieren würden, während andere mehr zahlen müssten. Sollte zum Jahresende eine Anpassung erforderlich sein, könne dies für den 01.06.2026 überlegt werden. Er äußert Bedenken, in der aktuellen unsicheren Situation 23 Tsd. Bescheide zu versenden, da dies nur zu Ärger bei den Bürgerinnen und Bürgern führen würde. Falls nötig, würde man sich mit den relevanten Entscheidungsträgern treffen, aber Aufkommensneutralität solle das Ziel bleiben, um keine unnötigen Einnahmeverluste zu erzielen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 9 Sachstandsbericht zu den Jahresabschlüssen  
Vorlage: 18/1607

**Herr Jakobs** stellt den Sachstandsbericht der Jahresabschlüsse anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist [hier](#) einsehbar.

Er erklärt, dass für den Rettungsdienst ein Ratsbeschluss für das Jahr 2020 am 19.06.25 vorgesehen sei. Für die Jahre 2021 bis 2023 seien die Verhandlungen weitgehend abgeschlossen, es fehle jedoch noch die Unterschrift der Krankenkassen, da noch Verhandlungen über die Vorjahre abgeschlossen werden müssten.

**Herr Jahnke** gibt an, dass er heute einen neuen Stand erhalten habe. Die AOK habe sich kürzlich zurückgemeldet und das Ergebnis der Entgeltverhandlungen bestätigt. Jetzt werde das Ergebnis an die Ersatzkassen weitergeleitet. Damit seien alle Budgets nachverhandelt, und die Jahresabschlüsse könnten nun abgearbeitet werden. Er freue sich, dass die Vereinbarungen nun endlich abgeschlossen seien und die Unterschriften nicht erst zum 31.12., sondern deutlich früher erwartet würden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 10 Einführung einer Einweg Verpackungssteuer in Emden;  
- Antrag der GfE-Fraktion vom 23.01.2025  
Vorlage: 18/1629

## Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.05.2025

**Herr Müller** stellt den Antrag, den Beschlussentwurf zurück in die Fraktionen zu geben und ihn später erneut vorzulegen, damit heute keine Abstimmung stattfindet.

**Herr Hemken** betont, dass das Thema durchaus intensiver beraten werden sollte. Es sei nicht nur aus finanzieller Sicht wichtig, sondern auch unter Berücksichtigung von Klima- und Umweltaspekten. Er schlägt vor, einen Workshop zu organisieren, in dem das Thema umfassend besprochen werden könne. Auch die SPD-Fraktion sei sich einig, dass man dies intensiver beleuchten sollte.

**Herr Renken** weist auf ein formales Problem hin, da die Vorlage nur den Fachausschuss und den Verwaltungsausschuss aufführe, obwohl der Antrag eigentlich einen Ratsbeschluss erfordere. Er habe dies bereits mehrfach moniert und sagt, dass es unzulässig sei, die Vorlagen so auszustatten, dass sie im Verwaltungsausschuss entschieden werden könnten.

**Herr Verlee** äußert, dass ein Antrag nicht einfach zurückgezogen werden dürfe, ohne dies bei der Feststellung der Tagesordnung zu klären und eine Begründung zu liefern. Ein beispielsweise "schlechter Tag" sei keine ausreichende Erklärung für den Rückzug des Antrags. Er wünsche sich eine klarere Begründung.

**Herr Hegewald** bemerkt, dass der vorliegende Antrag aufgrund des Artikels in der Emdener Zeitung bereits öffentlich geworden sei und fragt, wie man dies der Öffentlichkeit erklären wolle, falls der Antrag zurückgezogen werde. Er plädiert dafür, den Antrag nicht in die Fraktionen zurückzugeben, sondern ihn einfach zu löschen, da er seiner Ansicht nach aus bürokratischen Gründen und wegen der zusätzlichen Steuerlast problematisch sei.

**Herr Strelow** regt an, sich vor einer Fokussierung auf Verpackungsabgaben eher mit der illegalen Müllentsorgung zu befassen. Er fragt, wie weiter verfahren werde und ob der Antrag zurückgezogen werde, wie Herr Hegewald vorgeschlagen habe. Es sei wichtig, den BEE und den FD Umwelt und Klimaschutz in die Diskussion einzubeziehen. Zudem habe die Verwaltung bereits viel Arbeit in die Thematik investiert.

**Frau Eilers** merkt an, dass es fast schon eine inhaltliche Diskussion gebe. Wenn die SPD-Fraktion Beratungsbedarf hätte, wäre dies nachvollziehbar. Wenn jedoch die GfE-Fraktion den Antrag formuliert und dann zurückzieht, erwarte sie eine Begründung dafür.

**Herr Borchers** stimmt zu, dass auch bei der Gruppe GRÜNE feat. Urmel Beratungsbedarf vorhanden sei. Es sei wichtig, eine Arbeitsgruppe oder ein größeres Beratungsgespräch mit der Verwaltung zu organisieren. Er sei jedoch der Meinung, dass der Antrag nicht vollständig zurückgenommen werden solle, sondern weiterhin diskutiert werden müsse.

**Frau Winter** bittet darum, dass die GfE-Fraktion eine Begründung dafür liefert, warum sie ihren eigenen Antrag zurückgezogen habe. Sie merkt an, dass in der SPD-Fraktion unterschiedliche Meinungen darüber bestehen, da in der Vorlage behauptet werde, dass Emden kein „Vermüllungsproblem“ habe, was sie jedoch anders sehe, besonders nach den Wochenenden, wenn Verpackungsmüll auf den Straßen liege. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung sich mit dem Thema erneut auseinandersetzen sollte, möglicherweise im Rahmen des Masterplans 100% Klimaschutz, um eine Lösung für das Müllproblem zu finden, das auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern angesprochen werde.

**Herr Renken** erwähnt, dass die Verpackungssteuer bundesweit diskutiert werde und viele Kommunen darüber nachdenken würden, sie einzuführen. Eine sachgerechte Entscheidung könne nur nach einer Auseinandersetzung mit der konkreten Situation vor Ort getroffen werden.

## Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.05.2025

Er schlägt vor, dass die Verwaltung weitere Akteure, wie den Klimabeauftragten, einbezieht und die Fraktionen möglicherweise einen gemeinsamen Antrag erarbeiten.

**Herr Jakobs** stellt klar, dass die Vorlage nicht nur vom FD Finanzen, Abgaben und Stadtkasse, sondern unter Beteiligung des Bau- und Entsorgungsbetrieb erstellt worden sei. Der Fachbereich 300 war jedoch nicht in diesen Prozess eingebunden.

**Herr Jahnke** erläutert, dass die Fraktionen den Fachbereich 300 um eine Stellungnahme zu dem Thema bitten könnten, aber der FD Finanzen, Abgaben und Stadtkasse keine weiteren Beiträge leisten könne, da sie bereits alle relevanten Informationen geliefert hätten. Wenn das Thema aus umwelttechnischen Gesichtspunkten betrachtet werden solle, müsse ein neuer Antrag gestellt werden. Die Einführung einer Verpackungssteuer werde das Problem der Müllentsorgung nicht lösen, da diejenigen, die Verpackungen kaufen, sich nicht durch eine geringe Steuer abschrecken lassen würden. Zudem müsse eine solche Steuer ordnungsgemäß kontrolliert werden. Er regt an, dass die Fraktionen sich untereinander absprechen sollten, wie sie weiter verfahren wollen.

**Herr Renken** fasst zusammen, dass der Tagesordnungspunkt heute ohne Abstimmung abgeschlossen sei und es nun an den Ratsmitgliedern liege, wie sie das Thema weiter behandeln wollen.

**Ergebnis:** Verweisung an die Fraktionen

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 12 Anfragen

**Herr Strelow** fragt, ob es bereits Informationen darüber gebe, wann Städte und Kommunen mit den 100 Mio. € aus dem Strukturförderprogramm rechnen könnten und wie und wann diese Mittel bereitgestellt würden.

**Herr Jahnke** antwortet, dass noch keine Informationen vorlägen.

**Herr Jakobs** fügt hinzu, dass eine Auszahlung in diesem Jahr nicht mehr zu erwarten sei, da es derzeit noch Diskussionen über den Schlüssel gebe, nach dem die Mittel verteilt werden sollen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.